Telegraphendrahtpacht Berlin-Dresden.

Dieses Blatt erscheint täglich früh 7 Uhr i. d. Exped.: Marienstr. 13. Abonnements-Preis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfg., durch die Post 2 Mark 75 Pfg. Nummer 10 Pfg. Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inserate für die Nr. Nachr. nehmen an: Annoncen-Bureau von Haasenstein & Vogler; — Rud. Mosse; — Daube & Co.; — Invalidendank; — G. Müller in Berlin; — Rob. Eich in Magdeburg; — J. Barck & Co. in Halle; — G. Arndt, Berlin W.; — Adolf Steiner in Hamburg; — Zeitungs-Agentur von L. Lloyd in Teplitz.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Fernsprech-Stellen Nr. 11 (Altst.) u. 582 (Neust.)

Inserate werden Marienstr. 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen. Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Altstadt: Große Meißnergasse 5 nur an Wochentagen bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) kostet 15 Pfg. Unter Eingesandt die Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Insertions-Aufträge werden nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postanweisung angenommen. — Acht Silben kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfg.

Erste und grösste
Masken- u. Theatergarderobe,
Dominos in vorzüglicher Auswahl für Herren u. Damen
E. Preuss. r's Nachf., **Max Jacobi,**
2 Galeriestrasse 2, part. und I. Etage.
Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

Leberthran
beste Marke von Meyer, Christiania
Königl. Hofapotheke Dresden,
am Georgenthor.

Die Tapisserie-Manufactur
Hartmann & Saam,
Schloss-Strasse Nr. 17, gegenüber dem Königl. Schlosse, bittet um Beachtung ihrer
Preise im Schaufenster.

Fabrik-Etablissement einfacher u. eleganter Kinder-Garderobe von Alexander Philipsohn, Waisenhausstraße 7, Halb-Etage.
Wegen bevorstehender Verlegung des Geschäftslokals nach Pragerstrasse 6, part. werden sämmtliche Gegenstände des Lagers zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft.
Für Knaben bis 16 Jahre: Buckskin-Anzüge von 5 Mark an, Ueberzieher etc.
Für Mädchen bis 16 Jahre: Kleider von 4 Mark an, Mäntel, Jaquets etc.

Nr. 29. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl.

Aussichten für den 29. Januar: Mäßiger Westwind, veränderliche Bewölkung, etwas Niederschlag, Temp. wenig verändert.

Dresden, 1884. **Dienstag, 29. Januar.**

Für die Monate Februar und März

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, **Marienstraße Nr. 13,** zu 1 Mark 70 Pfg., für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Reichsgebiet deutschen zu 1 Mark 84 Pfg., in der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie zu 1 Gulden 54 Kreuzer (excl. Agiozuschlag) angenommen.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

In dem Incognitomörder zu Floridsdorf tritt der Menschheit ein Vertreter jener Revolutionspartei entgegen, die alles menschliche Gefühl abgestreift hat. Verschwiegen über seine Person, Namen, Herkunft und Vorleben, wird der bestialische Unbekannte äußerst mittheilsam über alle Umstände, die mit dem Verbrechen selbst zusammenhängen. Er rühmt sich seiner Schandthat und geht mit sichtlichem Behagen auf alle Fragen ein, die mit den Zielen und Bestrebungen seiner, d. i. der Anarchistenpartei, zusammenhängen. „Blöch ist zum Tode verurtheilt worden und hat darum sterben müssen!" erklärte der Mörder offenherzig. Auch gab er rückhaltlos an, daß er Mitglied und ausführendes Organ einer Corporation sei, welche sich die Umgestaltung der gegenwärtigen Verhältnisse und die Neubegründung der Gesellschaft auf der Basis der Sozialdemokratie zur Aufgabe machte. Hier sagte der Mörder unter Anderem: „Ich bin nur ein winziger Theil der Körperschaft, welche jene Ziele anstrebt und sie mit allen Mitteln erreichen wird und muß!" Er sprach dabei ganz fließend. In einem rednerischen Tone, als ob er nicht höhere Polizeibeamte, sondern eine Arbeiterversammlung im Most'schen „Freiheits"-Style vor sich hätte, vertrat er energisch die Prinzipien der anarchistischen Partei, deren Mitglied er ist. Diese hat es zunächst auf die Organe der Sicherheitspolizei abgesehen. Ihr fiel vor 6 Wochen der unglückliche Concipient Hlubek, ihr jetzt der ebenso unglückliche Concipient Blöch als Opfer. Der von der Anarchistenpartei zur Verübung von Mordthaten auserlesene Fanatiker glaubt mit seinen Verbrechen den Arbeitern wesentliche Dienste zu leisten. Als ihn die Kiesgrubenarbeiter verfolgten, suchte er sie von seiner Ergreifung mit dem Zurufe abzuhalten: „Laßt mich doch, ich vertrete ja Eure Sache!" Die richtige Antwort auf diese infame Unterstellung ertheilten die Arbeiter selbst: mit außerordentlicher Bravour warfen sie sich auf den Mörder und machten ihn unschädlich, bei welchem rühmlichen Werke ein braver Arbeiter vielleicht tödtlich verwundet, jedenfalls aber arbeitsunfähig gemacht wurde. Die Empörung über diese Schandthat ist denn nirgends größer, als gerade in den Arbeiterkreisen. Schon bei der Beerdigung Hlubek's bezeugte ihre massenhafte Betheiligung und ihre Gesammthaltung, wie die Arbeiter mit Abscheu jede Gemeinschaft mit jener anarchistischen Verbrecherbande zurückweisen. Jetzt bei der Wiederholung des Verbrechens die Entrüstung der Arbeiter den höchsten Grad erreicht. Sie erkennen klar, daß ihre gesetzmäßigen Bestrebungen mit solchen schurkischen Gewaltthaten aufs Nichtswürdigste compromittirt und befleckt werden. Wiederholt hat man in den Arbeitergruppen von Floridsdorf, welche aufgeregt das Verbrechen besprachen, die Aeußerung gehört: „Jetzt sind die Polizeiorgane die auserkorenen Opfer, später wird man diese aus unseren Kreisen holen!" So stehts indertthat. Mit den Beamten der öffentlichen Sicherheit fangen die Revolutionäre an, um später die auf den Bahnen der Gesetzmäßigkeit verharrenden Bürger und Arbeiter kaltblütig zu ermorden. Das Doppelverbrechen von Floridsdorf zeigt in blitzartiger Erhellung das Endziel der Bewegung, zu welcher die Revolutionäre aller Länder die Arbeitermassen fortreißen möchten. Wie verwerflich unter solchen Umständen das Spielen mit dem revolutionären Feuer ist, vermag sich Jedermann selbst zu sagen.

Es existirt, darüber ist kein Zweifel mehr möglich, eine extreme sozialistische Partei, die vor keinem Verbrechen mehr zurückbebt. Der Terrorismus, dem wir bisher nur in den geheimnißvollen Schandthaten der irischen Mondscheinbrigade und in den tollkühnen Attentaten russischer Nihilisten begegneten, ist auch auf österreichisch-deutschen Boden verpflanzt. Das Frankfurter Dynamit-Attentat des Sozialisten Reinsdorff schlägt deutlich in dieses Kapitel ein. Die Mordattentate gegen den Wechselstubeninhaber Eisert in Wien und den Bankier Heilbronner in Stuttgart sehen sich zum Verwechseln ähnlich. Kurz, wir haben es mit einer Reihe Gewaltthaten zu thun, die systematisch das nämliche Ziel verfolgen: durch Raub und Mord einen gewaltsamen Umsturz der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen vorzubereiten. Wo da der Platz der Arbeiter, in deren Interesse angeblich diese Verbrechen verübt werden, ist, das beantworteten bereits die Arbeiter selbst: lediglich der Unerschrockenheit einiger dem Arbeiterstande angehöriger Mörder, die sich dem flüchtigen Verbrecher trotz seiner drohenden Waffe entgegenwarfen und an denen sein verlockender Ruf ungehört abprallte, ist überhaupt die Ergreifung des Mörders zu danken. An dem gesunden und gesetzmäßigen Sinne der Arbeiterschaft werden zuletzt sicherlich auch die Verführungskünste der Revolutionäre zu Schanden werden. Behüte uns aber der Himmel und unsere Wachsamkeit, daß es zu dieser Probe komme. Wenn durch fortgesetztes Agitiren die gesetzmäßige Grundgesinnung der Arbeiterschaft angebohrt und erschüttert wird, müssen zuletzt aus ihr solche verblendete Fanatiker hervorgehen, wie der Floridsdorfer Scharfschütze. Darum ist die Aufreizung breiter Volksschichten zu Neid und Haß ein Unterfangen, das mit logischer Konsequenz in der Verübung grauenhafter Verbrechen enden muß.

Die Floridsdorfer Ereignisse haben die Theilnahme an den Reichsrathsberathungen über das Staatssprachengesetz des Grafen Wurmbrand zurückgedrängt. Wir greifen aus den Debatten nur wenige der bemerkenswerthesten Momente heraus. Niemand ging schärfer mit den Slaven und ihrer Ueberhebung ins Gericht, als der klerikale Staatsanwalt Lienbacher. Dieser salzburgische Abgeordnete verspottete weidlich die slovenischen und czechischen Machtbildungen. Nur seitdem der Begriff des Staats von den Slaven „verändert" worden ist, konnten Zweifel darüber auftauchen, daß das Deutsche die Staatssprache in Oesterreich sein muß. Eine anerkannte Staatssprache ist eine Nothwendigkeit für jeden modernen Staat und insbesondere für einen so vielsprachigen wie Oesterreich. Wie soll eine Mobilisirung vor sich gehen, wie soll der ganze gerichtliche, polizeiliche und Verwaltungsapparat mit Erfolg funktioniren, wenn der Staat nicht darauf rechnen kann, daß sich seine Organe untereinander verständigen? Die czechischen Redner, Rieger und Greger, höhnten die Deutschen noch dazu und nannten den Grafen Taaffe, der doch soviel für die Slaven gethan, den neuesten „Schutzheiligen" der Deutschen. Die Czechen erblickten in dem Antrage, den thatsächlich bestehenden Zustand auch durch ein Gesetz zu verlautbaren, den Versuch einer Germanisirung. Einer nannte ein solches Staatssprachengesetz einen Geßlerhut, vor welchem sich alle slavischen Völker Oesterreichs bücken sollten. Das sind thörichte Einreden, nur darauf berechnet, die Slavisirung Oesterreichs und die Verleumdung des Staats zu verhüllen. Wahrscheinlich wird der Antrag Wurmbrand abgelehnt. Wenn auch die slavisch-feudale Reichsratsmehrheit über ihn zur Tagesordnung übergeht — die Geschichte wird von selbst das Deutsche als die Staatssprache Oesterreichs auf die Tagesordnung setzen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 28. Jan.

Berlin. Man hofft, daß der Kaiser in wenig Tagen vollständig wieder hergestellt sein werde und dem wegen Indisposition des Kaisers vom Sonnabend auf Montag verschobenen Hofballe beiwohnen wird. — Am Freitag trifft Herzog Ernst von Koburg-Gotha zum Besuche am hiesigen Hofe ein. — Mit der Schweiz ist eine Vereinbarung wegen gegenseitiger Zulassung der Aerzte von Elsaß-Lothringen und den Schweizer Grenzkantonen zur Praxis erzielt worden. Eine bezügliche Vorlage geht dem nächsten Reichstage zu. — In den drei Quartalen vom 1. April bis 31 Dezbr. 1883 betrug die Mehreinnahme an Zöllen gegen den gleichen Zeitraum 1882 2,19 Millionen, dagegen ergaben die Tabaksteuer eine Mindereinnahme von 1, die Branntweinsteuer eine Mindereinnahme von 2,6 Millionen, die Börsen- und Lotterie-Steuer ergaben eine Mehreinnahme von 1½, die Post- und Telegraphen-Verwaltung eine solche von 5½ Millionen. — Der preußische Volkswirthschafts-Rath hielt heute seine letzte Sitzung ab und nahm endgiltig das Unfallversicherungs-Gesetz gegen die Stimme Hagen's (Königsberg) an. Darauf schloß Minister v. Bötticher die Sitzung mit warmen Dankesworten. — Bei der heutigen Todtenfeier für Lasker war das Reichstagspräsidium durch die Präsidenten v. Levetzow und Ackermann vertreten. Auch Windthorst war in der Synagoge. — Seit dem 26. Dezbr. bis 12. Jan. sind in Egypten keine Choleratodesfälle vorgekommen, Java ist gleichfalls cholerafrei. — Die Ersatzwahl für Lasker im zweiten Meiningischen Reichstags-Wahlkreis ist für den 17. März anberaumt. — Die „Nationalzeitung" berichtet aus Madrid: Der serbische Oberst Becker hat Castelar wegen Beleidigung des Königs Milan gefordert. Castelar weigerte sich jedoch, sich zu schlagen. Oberst Becker hat indeß von Castelar bereits Genugthuung erlangt. Castelar erklärt öffentlich, daß er die Stelle seiner Rede, worin er König Milan als König einer Nation von Barbaren bezeichnet, also berichtige: „König einer gestern noch barbarischen, heute aber civilisirten Nation." — Die beabsichtigte Erhebung der spanischen Gesandtschaft in Berlin zur Botschaft kann erst nach der Bewilligung des bezüglichen Kredits durch die nächsten Cortes erfolgen.

Wien. Ein socialistischer Agitator, welcher angeblich Brüllmayer heißt und zuletzt in einer Floridsdorfer Pappendeckelfabrik beschäftigt war, ist unter dem Verdachte der Mitwissenschaft an dem Morde des Detectives Blöch gestern auf dem Südbahnhofe verhaftet worden. Brüllmayer war auf dem Thatorte gesehen worden, als der Mord verübt wurde.

Paris. Der Orkan hat hier 2 Menschen getödtet und 30 verwundet.

Rom. Der Minister des Auswärtigen, Mancini, wird am Freitag die unterzeichneten Konventionen wegen Abschaffung der tunesischen Kapitulationen schleunigst vorlegen. Dieselben enthalten den Vorbehalt, daß die Todesstrafe bei den Italienern nicht in Anwendung kommen soll.

Petersburg. Die Regierung verweigert die Erlaubniß zur Errichtung eines Lutherdenkmals in Riga. Der Befehl von 1865, demzufolge bei Abschließung von Mischehen die betreffenden Personen sich verpflichten müssen, die Kinder im orthodoxen Glauben zu erziehen, soll aufgehoben werden.

London. Aus allen Theilen des Landes kommen Nachrichten über die großen Verwüstungen, welche der Orkan vom vorigen Sonnabend angerichtet hat; man weiß sich eines Orkans von gleicher Heftigkeit seit mehreren Jahren nicht zu erinnern. Von den Küsten wird eine große Anzahl von Schiffbrüchen gemeldet. — In der Kohlengrube Penneraig bei Rhonda in Wales fand eine Explosion statt, durch welche 11 Bergarbeiter getödtet wurden, 3 andere Bergarbeiter, welche sich zu Rettungsarbeiten in die Grube begeben hatten, fanden daselbst durch Erstickung den Tod.

Kairo. Der Gouverneur von Dongola aus Berber meldete, es seien 4 Abgesandte des mächtigen Stammes der Bicharieh in Berber erschienen, hätten ihre Unterwerfung angeboten und um die Erlaubniß gebeten, zur Vornahme von Einkäufen die Stadt Berber betreten zu dürfen. Zugleich hätten sich dieselben verpflichtet, für die Händler von den Karavanen auf ihrem ganzen Gebiete freien und ungehinderten Verkehr zu gestatten und zu erhalten. Der Gouverneur fügt hinzu, die Unterwerfung der Bicharieh habe den Muth der Bevölkerung wieder gehoben, er hoffe, daß noch andere Stämme dem Beispiele der Bicharieh folgen würden. — Der Versuch der von Khartum ausgesandten Dampfer, die Pontonbrücke über den Blauen Nil zu zerstören, ist wegen des seichten Wasserstandes mißlungen. Die Aufständischen griffen die Dampfer an, wurden aber nach heftigem Kampfe mit starken Verlusten zurückgeschlagen.

Kairo. General Gordon und der neue Sultan von Darfur haben die Reise nach Khartum angetreten. dem General Gordon wurden von der Regierung 100,000 Pfd. behufs Bestechung zur Verfügung gestellt, wovon derselbe zur Mitnahme alsbald 40,000 baar ausgezahlt erhielt, die Auszahlung des Restes soll später erfolgen.

Die **Berliner Börse** nahm recht festen Verlauf. Als animirendes Moment gilt der Abschluß eines Pachtvertrags wegen Ueberlassung der italienischen Bahnen. Erst die Nachbörse brachte eine kleine Abschwächung. Spekulative Banken sehr belebt. Kredit-Actien schlossen 6 Mk. Disconto-Gesellschaft 1½ Proz. höher als am Sonnabend. Weniger belebt waren Kassabanken, die indeß gleichfalls recht fest lagen. Von österreichischen Eisenbahnen waren Fronsoien bevorzugt, 5 Mk. höher, auch in Elbthal fand reger Verkehr statt. Oesterreichische Kaschabahnen belebt und höher, Gotthard-Bahn stiegen über Pari und wurden 4 Proz. höher, österreichische Prioritäten fest, deutsche Prioritäten fest, deutsche Bahnen profitirten von der steigenden Bewegung weniger, Ostpreußen zogen 1½ an, Berlin-Hamburger nachgebend, Spekulative Montanwerthe steigend, Kassawerthe gleichfalls fest, aber still, Industrie-Papiere erzielten mannigfache erhebliche Besserungen, deutsche Fonds unverändert, ungarische Goldrente und Italiener gut gefragt, Russen still.

Frankfurt a. M., 27. Januar. Kredit 265¾. Staatsbahn 270. Lombarden 120¾. 6er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 249½. Oesterr. Goldrente —. 4½ Ung. Goldrente 75¼. 77er Russen —. 80er Russen —. 3. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe 75½. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierrente —. Disconto —. Egypter 68¾. Gotthardbahn 98¾. Steinger —. Schwächer.

Wien, 27. Januar. Kredit 307,60. Staatsb. 319,50. Lombarden 143,80. Elbthal —. Nordwestb. 186,30. Marknoten 58,40. Ung. Kredit 306,00. Ruhig.

Paris, 27. Januar. (Schluß.) Rente 77,55. Anleihe 107,42. Italiener 92,87. Staatsbahn 667,50. Lombarden 315,00. do. Prioritäten 292. Egypter 343. Oesterr. Goldrente 84¾. Fest.

Lokales und Sächsisches

— Unser Königshaus ist durch eine nicht unbedenkliche Krankheit Ihrer Kgl. Hoheit der Frau Prinzessin Georg in Sorgen versetzt worden. Die hohe Frau liegt an einem nervösen Fieber darnieder. Die Nacht zum 27. hat die Patientin sehr unruhig verbracht und gar nicht geschlafen, das Fieber war beträchtlich. Im Laufe des Sonntags hat, nach einem vom Hofarzt Geh. Rath Dr. Fiedler ausgegebenen Bülletin, das Fieber zwar etwas abgenommen, trotzdem war die Nacht sehr unruhig und wurde durch fortwährende Delirien gestört. Die Schlaflosigkeit dauerte am Montage fort. Diese Nachricht wird nicht verfehlen, im Publikum rege Antheilnahme zu erwecken. Die im Vorzimmer des prinzlichen Palais auf der Langestraße ausliegenden Bogen haben sich gestern rasch mit den Namen von theilnehmenden Personen bedeckt. Auf Wunsch und Anrathen des Königl. Leibarztes ist gestern Herr Geh. Rath Prof. Wagner von Leipzig nach hier telegraphisch berufen worden, um der hohen Patientin seinen ärztlichen Beirath zu widmen. Die persönliche Pflege liegt der Schwester Alexandrine ob, und ist durch Sandstreuen beim rechten Flügel des prinzlichen Palais in der Langestraße, wo die hohe Patientin ihr Krankenzimmer hat, Alles gethan, um etwaiges Geräusch durch Wagenfahren 2c. zu vermeiden. Hoffen wir, daß die kräftige Konstitution der erlauchten Frau, die als Gattin und Mutter ein nachahmenswerthes Beispiel treuester Pflichterfüllung ist, die Krankheit glücklich überstehe! (Wie aus dem Obigen ersichtlich, beruhte die Notiz in unserem gestrigen Blatte betreffs der Theilnahme der hohen Frau an einem Ballfeste auf Irrthum.) Ob JJ. MM. der König und die Königin dem am 1. Februar stattfindenden Ballfeste im Theater zu Leipzig beiwohnen werden, dürfte von dem Verlaufe der Krankheit der hohen Schwägerin abhängen.

— Gestern Nachmittag fand im Kgl. Residenzschlosse größere Hoftafel statt, zu welcher u. A. die Gesandten von Preußen, Oesterreich-Ungarn, Bayern, Rußland und England geladen waren.

— Med. prakt. Seeger in Merkwitz erhielt das Ritterkreuz II. Klasse vom Albrechtsorden.

— Die Ueberfüllung der Tribünen in der gestrigen Sitzung der 2. Kammer deutete auf Sturm, doch nahm die Verhandlung über den Schreck'schen Antrag, der als Hauptpunkt auf der Tagesordnung stand, einen ruhigeren Verlauf, als man wohl erwartet hatte. Der Antrag geht bekanntlich dahin, die Regierung um die Vorlegung eines Gesetzes zu ersuchen, auf Grund dessen solch Personen, welche mit Absicht oder durch ungeordneten Lebenswandel u. dergl. sich in die Lage versetzt haben, öffentliche Abgaben nicht zahlen zu können, einem Schank- und Tanzstätten-Verbote unterworfen werden können. Ueber den Inhalt desselben haben wir bereits ausführlich berichtet. Der Antragsteller führt an, man könne sich vielleicht wundern, daß der Antrag von den liberalen Parteien ausginge, da es sich doch hier um eine Beschränkung der persönlichen Freiheit handele. Aber die Ansichten über die Anwendung der bereits bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gingen so auseinander, daß eine gesetzliche Regelung unerläßlich sei. In dem dem Antrage beigefügten Gesetzentwurfe habe man besonders darauf hingestrebt, feste Grenzen zu ziehen, um zu verhüten, daß man zu weitgehende Maßregeln anwende und für Strafen ein festes Maß und Ziel zu fixiren. Ferner sollten sich die Maßregeln nur auf böswillige Steuerrestanten erstrecken. Abg. Bebel wendet sich in einstündiger Rede gegen den Antrag. Wenn nur die böswilligen Steuerrestanten durch denselben getroffen würden, würde er gern dem Antrage zustimmen. Dies sei jedoch in der Praxis nicht möglich. Insofern sei aber der Antrag zu begrüßen, als er anerkenne, daß alles, was bisher in der Sache geschehen, nicht das Richtige gewesen sei. Vielmehr werde durch ihn erst der Rechtsboden für jene Maßregeln getroffen. Redner wendet sich sodann gegen die vor einiger Zeit an die Kammer eingelaufenen Eingaben der Stadträthe von Mittweida und Meerane, in denen mehrere bei Gelegenheit der von den Sozialdemokraten eingebrachten Interpellation über Schank- und Tanzstättenverbote gethane Aeußerungen des Abg. Bebel widerlegt wurden. Da wir seiner Zeit auf den Inhalt dieser Schreiben nicht näher eingegangen sind, so genügt es, hier zu konstatiren, daß der Abg. Bebel seine damals ausgesprochenen Behauptungen aufrecht zu erhalten suchte. Er habe 11 von den proscribirten Personen persönlich vernommen und sich nach ihren Familienverhältnissen erkundigt. Alle seien ordentliche, brave Menschen gewesen, die von Wenigem eine große Familie zu ernähren hätten und deshalb mit ihren Steuern in Rückstand geblieben wären, so z. B. ein armer Dachdecker, der trotz redlichen Bemühens nicht mehr als 9 Mark wöchentlich verdienen konnte. Daß die Kommunalbehörden sich in einer schlimmen Lage befanden, gesteht Redner zu, in Glauchau z. B. hätte die Hälfte der Steuerzahler nur ein Einkommen unter 500 M. aufzuweisen, es würde aber ein bedeutender Ausfall im Budget entstehen, wenn man diese von jeder Steuer befreien wollte. Als eine Ungerechtigkeit rügt er es, daß z. B. in Mittweida für die Besuche der Volksschule nur 30 M., für die der Realschulen aber 182 M. pro Kopf aus städtischen Geldern verwendet würden, dies hieße den Reichen noch einen Zuschuß aus öffentlichen Mitteln geben. Falls der Antrag Schreck von der Regierung acceptirt würde, werde er noch in dieser Session auf Grund dieser Thatsache einen Gesetzentwurf einbringen, welcher das Schulgeld aufhebt und dasselbe auf dem Steuerwege erheben läßt. Es sei, fährt Redner, fort charakteristisch für den Antrag, den ersten Initiativantrag, den die Fortschrittspartei in diesem Landtage gestellt, daß er des ungetheilten Beifalls der Herren von der äußersten Rechten sich erfreue. Ein solcher Antrag sei in der preußischen Kammer oder im Reichstag nicht möglich, er glaube demnach, je größer der Interessenkreis sei, den ein Abgeordneter zu vertreten habe, desto größer sei auch der Gesichtskreis, in dem er die Dinge betrachte, je kleiner aber jener, desto beschränkter auch dieser. Das Ansehen Sachsens habe nicht dadurch gewonnen, daß man den Antrag in alle Welt hinausposaunt habe, denn es habe dadurch den Anschein gewonnen, als hätten wir es in Sachsen mit einer ganz besonders liederlichen Einwohnerschaft zu thun. Wenn es aber irgendwo eine mäßige und bescheidene Bevölkerung gebe, so wäre es die sächsische, und ihr gegenüber sei der Antrag nicht am Platze. Redner kritisirt nun eine Anzahl Bestimmungen des Gesetzentwurfes. Man glaube sich ins Mittelalter zurückversetzt, wenn man die Eß- und Trinkordnung